

1 Spekulation und Euro, die verdeckten Formen neokolonialer Ausbeutung und Ressourcenabschöpfung

1.1 Die Historie der gescheiterten Euro-Rettungen

Von Hermann Patzak

1.1.1 Das erste griechische Rettungspaket

Der Bankrott Griechenlands im Frühjahr 2010 konnte nur noch durch einen eilends organisierten Notkredit abgewendet werden. Kreditgeber sind die Euro-Länder und der Internationale Währungsfonds (IWF). Der Gesamtbetrag belief sich auf 110 Mrd. Euro. Die Euro-Staaten übernahmen 80 Mrd. der Gesamtsumme, der IWF die restlichen 30 Mrd. Euro¹. Auf Deutschland entfällt von den 80 Mrd. Euro ein Anteil von 22 Mrd. Euro (27,5%).

Griechenland	Kred.Verteil.	Mrd. €	Die Summe der griechischen Staatsschulden betrug damals 353 Mrd. Euro. Mit diesem Kredit in Höhe von 110 Mrd. Euro (31 Prozent der griechischen Gesamtschulden) sollte das Land Zeit gewinnen, um seine überhöhten Staatsschulden abzubauen zu können.
Hilfspaket 1, Summe:		110	
Euro-Staaten	80		
IWF	30		
Deutschland	27,50%	22	
Schulden Σ Griechenlands		353	
abgedeckt durch Hilfspaket 1		31,16%	

Die Notkredite sollten zunächst dazu verwendet werden, die Schulden bei den Banken abzulösen. Den Griechen wurde aufgetragen, durch **Einsparungen** bei den Staatsausgaben und **Steuererhöhungen** das Defizit zu verringern. Die neuen Kreditgeber (IWF und Euro-Länder) verlangten **zusätzlich** von der Regierung Griechenlands **Reformen**, um die Wirtschaft leistungsfähiger zu machen. Damit sollte das erhebliche Leistungs- und Handelsbilanzdefizit Griechenlands abgebaut werden.

Der Plan der Griechenland- und Euroretter war auf dem Papier ganz einfach: Sparen und Reformieren. Nach gelungener Tat hätten die Griechen ihre Schulden anstandslos zurückzahlen können. Ihnen selbst und ihren Gläubigern (Besitzern der griechischen Staatsanleihen) wäre kein Schaden entstanden. Auch die neuen Gläubiger (IWF und Euro-Länder) hätten keinen Schaden erlitten. So hat es Kanzlerin Merkel und ihr Finanzminister Schäuble dem Volk und den Bundestagsabgeordneten versprochen, die Anfang Mai 2010 dem Rettungspaket Nr. 1 zustimmten.

Doch was danach geschah, hatten die Retter nicht vorgesehen: Kaum war Griechenland das erste Mal „gerettet“, gerieten die nächsten überschuldeten Euroländer: Irland und Portugal in direkte Zahlungsnot und auch die Zinssätze der spanischen und italienischen Staatsverschuldungen zogen zum ersten Mal merklich an, weil ihre Rückzahlung gefährdet erschien. Es war also genau das Gegenteil eingetreten, das die „Euro-Retter“ versprochen hatten: Die Anleger (fälschlich Investoren genannt) hatten erkannt, dass die Politik wegen ihrer „Euro-Rettungsphobie“ erpressbar war. Die Spekulanten (Banken, Versi-

¹ Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 21.07.2011 Seite 2.

cherungen, Wertpapierfonds) konnten jetzt davon ausgehen, dass die Euro-Ideologen auch die anderen gefährdeten Euro-Staaten retten würden, wenn deren Staatsschulden nur tief genug im Kurs sinken würden, so dass deren Zinskosten erheblich anstiegen.

Anstatt diesen kausalen Wirkungszusammenhang zu erkennen und einzusehen, dass die Griechenland-Rettung ein schwerer Fehler war, schlussfolgerten die maßgebenden europäischen Regierungspolitiker, für alle künftig notwendigen Rettungsmaßnahmen vorsorglich eine **neu zu schaffende europäische Institution** zu gründen. In bornierter Blindheit unübertroffen war allerdings die Behauptung der Euro-Protagonisten aus Politik und Wissenschaft, dass das zögerliche Verhalten der Deutschen Regierung die Zinssteigerungen ausgelöst hätte. Den Beweis dafür konnten sie nicht erbringen.

1.1.2 Der Euro-Rettungsfonds: EFSF (1)

EFSF steht für „European Financial Stability Facility“². Es handelt sich um einen Fonds zur Rettung zahlungsunfähiger Euro-Länder. Seine Gründung wurde von den führenden EU-Funktionären, deren Posten noch gewichtiger wurden, als auch von den unmittelbar nutznießenden Euro-Ländern (Griechenland, Irland, Portugal, Spanien, Italien und den weiteren Aspiranten in spe) initiiert. Der neue Stabilisierungsfonds für die künftigen Fälle der Staatsinsolvenz hatte ein Volumen von 750 Mrd. Euro. Drei Instanzen bürgen für die Kredite, die der Fonds den zahlungsunfähigen Euro-Ländern gewährt.

EFSF Paket.	Mrd.Euro	Mrd.Euro	%-Anteil	Von dem Anteil der Euro-Länder in Höhe von 440 Mrd. Euro muss Deutschland rund 28 Prozent aufbringen. ³
Euro-Länder		440		
Deutschland	122,85		27,92%	
EU-Haushalt		60		
IWF		250	5,88	
Summe		750		

€ - Länder	Lastenverteilung lt. Medien	
	Mrd. Euro	11.05.2010
Deutschland	122,9	27,92%
Frankreich	92,3	20,98%
Italien	81,0	18,41%
Spanien	53,9	12,25%
Niederlande	25,9	5,89%
Belgien	15,7	3,57%
Österreich	12,6	2,86%
Portugal	11,4	2,59%
Finnland	8,1	1,84%
Irland	7,2	1,64%
Slowakei	4,5	1,02%
Slowenien	2,1	0,48%
Luxemburg	1,1	0,25%
Zypern	0,9	0,20%
Malta	0,4	0,09%
Σ Euroländer	440,0	100,00%

Für die einzelnen Euro-Ländern ergibt sich folgende Lastenverteilung⁴: Griechenland steht nicht dabei! Das ist verständlich, denn wie sollte das Land, das selbst zahlungsunfähig ist, als Bürge einspringen können? Doch warum sind die anderen zahlungsunfähigen oder von Zahlungsunfähigkeit bedrohten Euro-Länder als Bürgen aufgeführt? .

Die in den Medien veröffentlichte Lastenverteilung in Spalte 3 gilt offensichtlich nur für den Fall, dass die Länder Irland, Portugal, Italien und Spanien nicht als Bürgen ausfallen. Als der Rettungsfonds EFSF aufgestellt und wirksam wurde (11. Mai 2010), war aber längst bekannt, dass zumindest

² Frei ins Deutsche übersetzt: Kreditspielraum zur Stabilisierung der Finanzen in Europa.

³ Zahlen aus: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 11.05.2010 Seite 15.

⁴ Zahlen: ebenda.

Irland und Portugal als Bürgen nicht in Frage kommen konnten, denn beide Länder standen selbst kurz vor der Zahlungsunfähigkeit. Auch die Zinsen für spanische und italienische Staatsanleihen waren bedrohlich angestiegen. Der ursprüngliche EFSF-Fonds war ganz offensichtlich eine Mogelpackung, was bald danach erkennbar wurde. Die nachstehende Tabelle zeigt die wirklichen Lasten der Länder, die im Mai 2010 als Bürgen noch in Frage kamen:

€ - Länder	Mrd. € bei Ausfall 4 Länder			Prozentanteil	
	vorher	nachher	Differenz	ohne Ausfall	mit Ausfall
Deutschland	122,9	188,7	65,9	27,92%	42,89%
Frankreich	92,3	141,8	49,5	20,98%	32,22%
Niederlande	25,9	39,8	13,9	5,89%	9,04%
Belgien	15,7	24,1	8,4	3,57%	5,48%
Österreich	12,6	19,4	6,8	2,86%	4,40%
Finnland	8,1	12,4	4,3	1,84%	2,83%
Slowakei	4,5	6,9	2,4	1,02%	1,57%
Slowenien	2,1	3,2	1,1	0,48%	0,73%
Luxemburg	1,1	1,7	0,6	0,25%	0,38%
Zypern	0,9	1,4	0,5	0,20%	0,31%
Malta	0,4	0,6	0,2	0,09%	0,14%
Σ Euroländer	286,5	440,0	153,6	65,11%	100,00%

Aus der Tabelle geht hervor, dass der deutsche Anteil nicht 28. sondern 43 Prozent betragen würde, was dem Betrag von rund 190 Mrd. Euro entspricht. Alle damals noch verbliebenen Bürgen müssen 153,6 Mrd. Euro mehr aufbringen als die Politiker vorgaben und von den Medien veröffentlicht wurde. Ob die Bundestagsabgeordneten das wussten, als sie den Rettungsfonds mit ihrer Stimme genehmigten?

Doch damit nicht genug. Deutschland ist nämlich auch an den anderen beiden Kreditgewährungsinstanzen beteiligt, an dem EU-Haushalt und dem IWF:

- Der Anteil Deutschlands am EU-Haushalt beträgt 20%⁵, also beträgt der Anteil Deutschlands an den vom EU-Haushalt zur Verfügung gestellten Mitteln 12 Mrd. Euro.
- Der Anteil Deutschlands am Gesamtkapital des IWF in Höhe von 250 Mrd. Dollar beträgt 5,88 Prozent, das sind rund 11,3 Mrd. Euro. Beide Posten zusammen machen also nochmals 23,3 Mrd. Euro aus, die Deutschland zusätzlich in den Fonds einbringt.
- Die Gesamtsumme, die Deutschland demnach in den Fonds einbringt, summiert sich auf $122,9 + 23,3$ Mrd. Euro = 146,2 oder auf $190 + 23,3 = \mathbf{213,3}$ Mrd. Euro. Das war die Situation am 11. Mai 2010, nachdem die Mehrheit der Bundestagsabgeordneten das Griechenland-Rettungspaket gebilligt hatte.

Kaum war der Fonds ins Leben gerufen, wurde der handwerkliche Fehler publik, der den die Politik beratenden „Experten“ unterlaufen war: Der Fonds konnte gar nicht über die Kreditsumme von 440 Mrd. Euro verfügen, „weil nicht alle der bürgenden Euro-Länder über das erforderliche AAA-Rating verfügten“, hieß es offiziell. Die eigentliche Ursache dürfte allerdings die Tatsache sein, dass Irland und Portugal, aber auch Italien und Spanien von vornherein als Bürgen ausscheiden, wie wir bereits festgestellt haben. Die Gremien der europäischen Rettungspolitikern waren jedenfalls gezwungen, die Bürgschaften von

⁵Zahl ermittelt aus: http://ec.europa.eu/budget/figures/2011/2011_de.cfm,

440 auf 780 Mrd. Euro zu erhöhen. Danach haftet Deutschland mit 211 Mrd. Euro – und nicht, wie ursprünglich offiziell verkündet, mit 123 Mrd. Euro. Außerdem wurde der EFSF-Fonds ermächtigt, künftig Anleihen kriselnder Euro-Länder aufzukaufen, ihnen vorsorglich Kredite zu geben und ihnen Kredite für die Stabilisierung ihrer Banken zu gewähren.

Um das Ausmaß der Rat- und Hilflosigkeit der Euro-Retter augenscheinlich zu machen, haben wir der späteren Entwicklung ein wenig vorgegriffen. Kommen wir wieder zurück in den Frühsommer 2010: Irland nahm die Hilfe des EFSF-Schirms im November 2010 in Anspruch, Portugal im Mai 2011. Das Ausmaß der Rettungs-Zahlungen zeigen die beiden nachstehenden Tabellen.

Irland		Portugal	
	Mrd. €		Mrd. €
Hilfspaket	85	Hilfspaket	78
EU	40,2	EU	52
IWF	22,5	IWF	26
Irland selbst	17,5	Deutschland	23,1%
England	4,8	Schulden Σ	174
Deutschland	22,4%	% Hilfspaket/Schulden Σ	44,8%
Schulden Σ	175		
% Hilfspaket/Schulden Σ	48,6%		

Mit der ersten Aktion, der „Griechenland-Rettung“ hatte ein Rettungsritual begonnen, das bis heute (Herbst 2011) noch nicht beendet ist.

Nachdem auch Irland und Portugal gerettet waren und die Aussichten für Spanien und Italien sich weiter eintrübten, ersannen die Rechts- und Wirtschaftsexperten ein verbessertes Modell zur Euro-Rettung. Man nannte das Konstrukt „ESM“ (Europäischer Stabilisierungsmechanismus). Er soll ab dem Jahr 2013 automatisch – ohne Einschaltung der Regierungen und ohne die ständig erforderlichen Genehmigungen durch die nationalen Parlamente – den zahlungsunfähigen Euro-Ländern die notwendigen Kredite zur Verfügung stellen.

Durch diesen Automatismus bekommt der Verstoß der europäischen Regierungen gegen ihre eigenen EU-Verträge: die Nichteinhaltung des Haftungsverbotes für die Schulden anderer Länder, eine neue Dimension! Der Automatismus unterhöhlt die Verfassung und damit die Demokratie. Denn das in der Verfassung verankerte Recht des Parlamentes, über die Höhe und Zusammensetzung der Staatsausgaben und Staatseinnahmen zu bestimmen, wird an eine automatisch funktionierende, politisch willfährige EU-Behörde abgegeben. Wir erleben, dass völkerrechtlich verbindliche Verträge wertlos sind, wenn die Vertragsparteien sich einigen, diese Verträge zu brechen. Wer glaubt, im obersten Gericht eines Staates – ganz gleich in welchem politischen System – eine Instanz zu haben, die das kodifizierte Recht wahrt, verkennt die Möglichkeiten der Rabulistik im Dienste politischen Konsenses!

Doch wieder haben wir der Zeit vorausgegriffen, denn die Sanktionierung des ESM – Automatismus durch das Deutsche Parlament steht erst gegen Ende des Jahres 2011 an. Zuvor (Ende September) muss das Parlament vorher noch den notwendigen Nachbesserungen des EFSF zustimmen. Denn, wie wir bereits festgestellt haben, hatte sich unmittelbar nach seiner Gründung gezeigt, dass er den Anforderungen der realen Entwicklungen nicht gewachsen war.

1.1.3 Die Reform des EFSF und die zweite Griechenland-Rettung

Es war nicht einmal ein Jahr vergangen, als zur Jahreswende 2010/2011 die Notwendigkeit einer zweiten Griechenland-Rettung immer wahrscheinlicher wurde⁶. Das erste Rettungspaket aus dem Jahr zuvor war ein „Schlag ins Wasser“. Die Experten von IWF, EZB und EU-Kommission hatten sich schwer geirrt: Die Staatsausgabensenkungen, die Steuererhöhungen und die verordneten Reformen – welche waren es eigentlich? – hatten nicht den erwarteten Erfolg gebracht: Die Schuldensumme des Landes war nicht gesunken, sondern sogar noch weiter angestiegen. Im Jahr 2010⁷ betrugen die Schulden 130 Mrd. Euro und im Sommer 2011 war sie auf über 150 Mrd. Euro angewachsen.⁸ Es bedurfte jetzt gar nicht der Spekulanten, um die Kurse der griechischen Staatsanleihen erneut abstürzen zu lassen. Auch die seriösesten Anleger (Lebensversicherungen z.B.) sahen sich veranlasst, die griechischen Staatsanleihen abzustoßen, um den drohenden Totalverlust zu vermeiden.

Die zweite Griechenland-Rettung war notwendig geworden, weil mit dem ein Jahr zuvor entwickelten Konzept die fortschreitende Krise nicht bewältigt werden konnte. Die nachstehende Tabelle⁹ zeigt, wie sich die Haftung insgesamt und für die einzelnen Länder erhöht hat:

Land	In Mio. Euro		
	ESFS 2010	ESFS 2011	
Österreich	12.241	21.701	Die Bürgschaftssumme erhöht sich für alle Beteiligten um 77 Prozent. Ganz erstaunlich ist, dass in der Tabelle der Bürgen auch drei zahlungsunfähige Staaten aufgeführt sind, für die gebürgt werden soll. Wie kann ein Schuldner denn gleichzeitig sein eigener Bürge sein? Das gibt es nur in Euro-Land. Und dann wundern sich die Politiker, dass die Kapitalanleger (Investoren) der Bürgschaft misstrauen? Wenden wir uns dem deutschen Beitrag an der Gesamtbürgschaft zu. Er war nicht von 119,39 auf 211,65 Mrd. Euro gestiegen.
Belgien	15.292	27.109	
Zypern	863	1.530	
Finnland	7.905	14.014	
Frankreich	89.657	158.938	
Deutschland	119.390	211.646	
Griechenland	12.388	21.960	
Irland	7.002	12.413	
Italien	78.785	139.664	
Luxemburg	1.101	1.952	
Malta	398	706	
Niederlande	25.144	44.573	
Portugal	11.035	19.563	
Slowakei	4.372	7.750	
Slowenien	2.073	3.675	
Spanien	52.353	92.807	
Garantie Σ	440.000	780.000	
Änderung in %	77%		

Doch wenn wir uns die Tabelle anschauen, so stellen fest, dass die drei bereits zahlungsunfähigen Staaten: Griechenland, Irland und Portugal als Bürgen aufgeführt sind, genauso wie Spanien und Italien, die kurz vor der Zahlungsunfähigkeit stehen. Die Haftungssumme von 211 Mrd. Euro ist eine „geschönte“, um nicht zu sagen gefälschte Zahl. Im normalen Geschäftsleben würde keine Bank einen Bürgen akzeptieren, der selbst zah-

⁶ „Die Rettung Griechenlands hat nicht funktioniert berichtet“ z.B. die Frankfurter Allgemein Sonntagszeitung am 23. Januar 2011 auf Seite 32.

⁷ Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 06.10.2010 Seite 12.

⁸ FAS, 08.05.2011, Seite 31.

⁹ Quelle: http://de.wikipedia.org/wiki/Europäischerischer_Stabilitätsmechanismus

lungsunfähig ist oder kurz davor steht. Das Deutsche Finanzministerium räumte denn auch ein, dass man zu dieser Zahl noch einen Risikopuffer von 20 Prozent addieren müsse für den Fall, dass finanzschwache Staaten bei den Hilfen nicht mitziehen könnten. Deutschland müsse deshalb im schlimmsten Fall mit 253 Mrd. Euro¹⁰ rechnen. Wie die Experten des Finanzministerium allerdings auf die Zahl 20 Prozent kommen, ist ein großes Geheimnis. Geht man nämlich davon aus, dass der auf 780 Mrd. Euro erhöhte Rettungsschirm nur dann in Anspruch genommen werden muss, wenn Spanien und Italien zahlungsunfähig werden – weswegen die Bürgschaftssumme ja erhöht wurde – dann ergibt sich für Deutschland eine Belastung von 334,45 Mrd. Euro¹¹, wie nachstehende Tabelle zeigt:

Land	EFSF 2011 Garantie Mio €	EFSF 2010 %-Beteiligung	% Beteilig. Bürg.Ausfall	Zahlung bei Bürg.Ausfall
Österreich	21.701	2,78%	4,40%	34.293
Belgien	27.109	3,48%	5,49%	42.839
Zypern	1.530	0,20%	0,31%	2.418
Finnland	14.014	1,80%	2,84%	22.145
Frankreich	158.938	20,38%	32,20%	251.162
Deutschland	211.646	27,13%	42,88%	334.453
Griechenland	21.960	2,82%	0,00%	0
Irland	12.413	1,59%	0,00%	0
Italien	139.664	17,91%	0,00%	0
Luxemburg	1.952	0,25%	0,40%	3.085
Malta	706	0,09%	0,14%	1.116
Niederlande	44.573	5,71%	9,03%	70.436
Portugal	19.563	2,51%	0,00%	0
Slowakei	7.750	0,99%	1,57%	12.246
Slowenien	3.675	0,47%	0,74%	5.807
Spanien	92.807	11,90%	0,00%	0
Kontroll Σ	780.000	100%	100%	780.000

Die notwendige Reform des EFSF bezog sich aber nicht nur auf die Höhe der Haftungssummen (plus 77 Prozent). Dem Fonds wurden neue Aufgaben übertragen: Zusätzlich zu den Krediten für zahlungsunfähige Euro-Länder soll er auch noch die alten „Schrott-Anleihen“ der überschuldeten Staaten aufkaufen und zahlungsunfähigen Privatbanken Kredit gewähren. Er hat also sämtliche Instrumente bekommen, die von der EZB seit Mai 2010 unter Rechtsbruch der Euro- und EU-Verträge eingesetzt wurden, und die erfolglos waren.

1.1.4 Eine Zwischenbilanz der gescheiterten Rettungsversuche

Die Zwischenbilanz aller bisherigen Euro-Rettungsversuche ist katastrophal: Die Versuche, den Euro zu retten, sind immer hektischer geworden und haben die Haftungs- und Kreditsummen noch einmal beträchtlich vergrößert. Die Politiker versuchen den Euro zu retten, indem sie die überhöhten Schulden der zahlungsunfähigen Länder auf andere Euro-Staaten überwälzen. Die Ursachen der Überschuldung und der Euro-Krise werden ig-

¹⁰ So z.B. in der Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 05.09.2011 auf Seite 11.

¹¹ Am 17.09.2011 berichteten die Medien (Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 17.09.2011, Seite 11), dass die Experten der Deutschen Bank eine maximale Haftung von 400 Mrd. Euro ausgerechnet haben, weil die Zinsen, die der EFSF für die Aufnahme der zu verleihenden Kredite selbst bezahlen muss, wesentlich höher seien als die Experten der EU ihrer Rechnung zugrunde legen.

noriert und nicht behoben. Es ist der Euro selbst! Seit ihrer Gründung waren EU und Euro-Gemeinschaft eine Transferunion. Von Anfang an wurden die Steuern der Nettozahlungsländer in dreistelliger Milliardenhöhe an die Nettoempfängerländer transferiert, hinzu kamen die noch weit höheren Kreditübertragungen und ein unermesslich hoher Kapitaltransfer (Arbeitsplätze und Produktivvermögen) in die „schwindsüchtigen“ Eurostaaten. Diese wurden dadurch nicht leistungsfähiger, sondern noch schwindsüchtiger. Zum Dank für die bisherigen nutzlosen Hilfeleistungen folgt nun die nächste Stufe des Transfers: der Rücktransfer der Schulden für die gelieferten Leistungen an die „Lieferanten“. Die Steuerzahler aus den Ländern der Leistungslieferanten sollen die Schulden bezahlen, mit denen diese Länder – Dank des Euro – über ein Jahrzehnt über ihre Verhältnisse leben konnten!

Eigentlich sind die Euro-Retter mit ihrem „Latein am Ende“. Doch sie wollen das in ihrer verblendeten Euro-Euphorie nicht einsehen. Verzweifelt suchen sie immer wieder nach neuen Auswegen. Einige meinen jetzt in Euro-Bonds eine Lösung gefunden zu haben, die anderen glauben eine Euro-Union nach dem Vorbild der USA könne ihre Vorstellung von Europa retten. Doch auch diese beiden Ansätze werden scheitern, so wie die bisherigen Rettungsversuche.

Warum? Das behandelt die nächste Folge dieses Zyklus: „Spekulation und Euro, die verdeckten Formen neokolonialer Ausbeutung und Ressourcenabschöpfung“:

Die Rettung wird die Deutschen so teuer kommen, dass die Einkommens- und Vermögenseinbußen auch den bravsten Konsumbürger bundesrepublikanischer Prägung wachrütteln und in Rage bringen wird. Wenn einmal griechische und spanische Verhältnisse auf unseren Straßen Einzug gehalten haben, werden die selbsternannten Volksparteien der ansteigenden Wut nichts entgegenzusetzen haben. Sie haben sich seit langem dem Volk entfremdet und sind heute nicht einmal mehr den sachlich fundierten Argumenten eines Clemens Fürst oder Hans-Werner Sinn zugänglich, die als gemäßigte und systemtreue Ökonomen nicht gegen den Euro sind, aber die „Rettungspolitik“ verurteilen. Alle Umfragen ergeben, dass die große Mehrheit der Deutschen die Rettungspolitik „um des Euro Willen“ strikt ablehnt. Künftige Generationen werden noch härter urteilen und die heutigen Eliten aus Politik und Wirtschaft verurteilen, weil sie das oberste Prinzip der Demokratie und der Deutschen Verfassung – die Souveränität des Volkes – verletzen.